



Oldenburg im Wandel:
Eine Bilanz der GRÜNEN Fraktion
zur Halbzeit der
Ratsperiode 2021 – 2026

Ratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Altes Rathaus / Markt 1
26122 Oldenburg

<https://www.gruene-fraktion-oldenburg.de/>
diegruenen-fraktion@stadt-oldenburg.de

Inhalt

Vorwort.....	1
Klima- und Umweltschutz.....	3
Verkehrswende und Mobilität.....	5
Stadtentwicklung.....	6
Exkurs: GRÜNE Grundstücks- und Wohnungspolitik für Oldenburg	8
Gute Bildung und Lebensqualität in der Stadt für Kinder und Jugendliche	9
Soziales	11
Integration	12
Kultur	14
Sport	15
Exkurs: Ein neues Stadion für Oldenburg?	15
Wirtschaftsförderung, Digitalisierung und internationale Zusammenarbeit.....	16
Finanzen und Beteiligungen	17
Ausblick.....	19

Redaktionsteam dieser Halbzeitbilanz:
Sebastian Rohe, Oliver Rohde, Andrea Hufeland, Ingrid Kruse, Rita Schilling

Fotonachweise:
Katharina Garves (Titelbild), GRÜNE Fraktion Oldenburg (S. 1), Stadt Oldenburg (S. 3), Barthel Pester (S. 5, 17), Rita Schilling (S. 6, 11, 14), Pixabay (S. 7, 11), Maria Giulia Trombini/SOS Humanity (S. 13)

Sprecher*innenteam GRÜNE Fraktion Oldenburg bis Juni 2024:
Rita Schilling, Oliver Rohde (Sprecher*innen), Ingrid Kruse, Sebastian Rohe (Stellvertreter*innen)

Sprecher*innenteam GRÜNE Fraktion Oldenburg ab Juli 2024:
Ruth Drügemöller, Michael Wenzel (Sprecher*innen), Ingrid Kruse, Sebastian Rohe (Stellvertreter*innen)



Vorwort

In dieser Halbzeitbilanz blicken wir zurück auf die vielfältigen Veränderungen, die unsere GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg in den letzten zweieinhalb Jahren für unsere Stadt erreichen oder anstoßen konnte. Die Halbzeitbilanz richtet sich an alle Menschen, die an GRÜNER Politik oder auch allgemein an der Oldenburger Lokalpolitik interessiert sind. Wir schauen auf Erfolge, aber auch auf Veränderungen, die aus unserer Sicht in Oldenburg noch schneller kommen müssten, damit unsere Stadt zukunftsfest aufgestellt ist. Und wir geben Einblicke in unsere verbleibenden Ziele für die Zeit bis zur nächsten Kommunalwahl.

„Veränderung beginnt hier“ – das Thema der Veränderung fand sich auch im Titel des Kommunalwahlprogramms der GRÜNEN in Oldenburg für das Jahr 2021. In der Tat brachte das Wahlergebnis eine große Veränderung im Stadtrat: Erstmals wurden die **GRÜNEN stärkste Kraft** und konnten acht Frauen und acht Männer in den Stadtrat entsenden. Im Oktober 2021 schlossen sich diese 16 Menschen im schönen Seefeld an der Nordseeküste zu einer Fraktion zusammen.

Von Beginn an war unser Ziel, die Entwicklung der Stadt Oldenburg **GRÜNER zu gestalten**. Um dafür eine verlässliche Mehrheit im Stadtrat zu sichern, führten wir direkt zu Beginn der Ratsperiode Gespräche mit den anderen demokratischen Kräften und entschieden uns für eine Zusammenarbeit mit der SPD.

Im Dezember 2021 beschlossen wir das gemeinsame **Kooperationspapier des Grün-Roten Ratsbündnis „Gemeinsam für ein gutes Leben in Oldenburg – sozial und klimaneutral“**. Die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten war überwiegend von Vertrauen und einem guten Miteinander geprägt und auch bei Themen mit entgegen gesetzten Standpunkten, wie z.B. beim öffentlich finanzierten Stadionneubau, konnten wir einen weitgehend respektvollen und konstruktiven Umgang finden.

Der **Austausch mit allen demokratischen Ratsmitgliedern und Fraktionen** wurde von uns selbstverständlich auch gepflegt und führte u. a. zu wichtigen parteiübergreifenden **Resolutionen im Stadtrat** wie der „Resolution für Demokratie, Weltoffenheit und Menschenfreundlichkeit“ aus dem Februar 2024.

Nicht zuletzt ist uns eine gute Zusammenarbeit mit der **Stadtverwaltung** wichtig. Wir tauschen uns gerne und regelmäßig mit dem Oberbürgermeister und den Dezernentinnen über die besten Wege für die zukünftige Entwicklung Oldenburgs aus. Natürlich hätten wir uns ein anderes Ergebnis der knappen Stichwahl um den Posten des Oberbürgermeisters (OB) im Jahr 2021 gewünscht, denn es ist deutlich spürbar, dass die Prioritäten in der Umsetzung von Beschlüssen manchmal ganz andere sind als diejenigen der GRÜNEN Fraktion. Doch wir bleiben am Ball und im Gespräch und **danken insbesondere auch den vielen engagierten Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung für Ihren Einsatz!**

Wir leben in einer Zeit des Wandels, Vieles muss sich ändern und wir GRÜNE wollen notwendige Veränderungen zum Wohle unserer Stadt auf den Weg bringen. Doch eines hat sich dabei zum Glück nicht verändert - unsere 16 Ratsmitglieder vom Beginn der Ratsperiode sind immer noch alle mit an Bord.

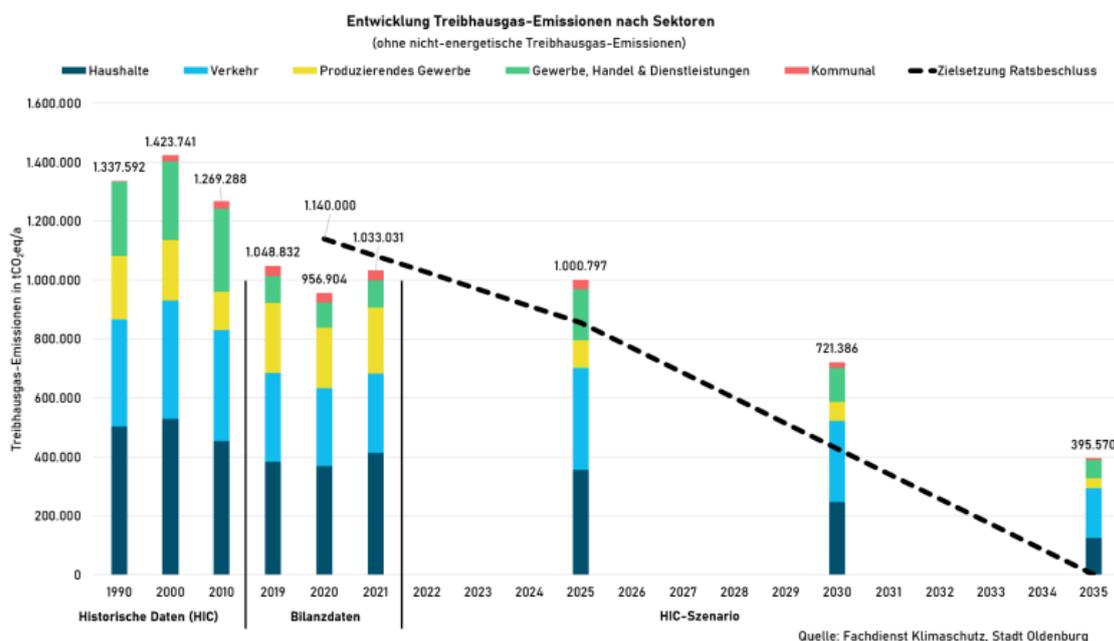
Nun wünschen wir allen Leser*innen viel Freude mit dieser Halbzeitbilanz. Wir freuen uns über Rückmeldungen und auch allgemein über Fragen oder Anliegen zu Themen für Oldenburg.

Klima- und Umweltschutz

Oldenburg ist Solarhauptstadt Deutschlands – und macht Fortschritte auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt und beim Stadtgrün.

Als Ergebnis aus einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Lokalpolitik und zivilgesellschaftlichen Initiativen wie Fridays for Future, beschloss der damalige Stadtrat noch am Ende der letzten Ratsperiode mit großer Mehrheit, dass **Oldenburg bis 2035 zur klimaneutralen Stadt werden sollte. In dieser Ratsperiode galt und gilt es nun, diesen Beschluss mit Leben zu füllen und Maßnahmen konsequent umzusetzen und weiterzuentwickeln.**

Mithilfe wissenschaftlicher Expertise wurde in dieser Ratsperiode zunächst der **Klimaschutzplan Oldenburg 2035** mit 90 Einzelmaßnahmen entwickelt und auf Antrag unserer Fraktion in der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert. Im Dezember 2022 wurde dieser Klimaschutzplan dann vom Rat der Stadt Oldenburg beschlossen und die Verwaltung mit der Umsetzung beauftragt. Aus Sicht unserer Fraktion ist der Plan auf der einen Seite ernüchternd, weil wir unter den heutigen gesetzgeberischen Rahmenbedingungen unser Ziel, bis 2035 in Oldenburg klimaneutral zu werden, nicht erreichen können. Auf der anderen Seite ist der Bericht ein Ansporn, denn er zeigt, **was die Stadt aus eigener Kraft beim Klimaschutz erreichen kann.** Oldenburg kann unter Ausschöpfung eigener Potenziale und dem Einbezug des lokalen Strommixes **bis 2035 76 Prozent der Treibhausgasemissionen reduzieren.** Wir können also einen beträchtlichen Teil zur Erreichung des Klimaziels beitragen. **Eine Zwischenbilanz zeigt auf, dass unsere Stadt bis zum Jahr 2021 bei der Zielerreichung zur Reduktion der Treibhausgase auf Kurs liegt.** Ohne weitere erhebliche Anstrengungen werden wir jedoch in den Folgejahren die Ziele verfehlen.



Besonders große Fortschritte konnten wir in Oldenburg beim **Ausbau der Solarenergie** und der **energetischen Sanierung** erzielen. Beim Pro-Kopf-Ausbau der Photovoltaik (PV) lag Oldenburg im Jahr 2023 sogar auf Platz 1 der Städte mit mehr als 100.000 Einwohnenden in Deutschland. Hier trägt unser grüner Politikansatz Früchte: Ein erfolgreiches **Förderprogramm** für Solardächer haben wir in den Jahren 2022 und 2023 finanziell deutlich aufgestockt. Mittlerweile sind PV-Anlagen so günstig und wirtschaftlich, dass dieses Programm nicht mehr notwendig ist. Zudem stellten wir mit dem grün-roten Haushalt für das Jahr 2023 **eine Million Euro zusätzlich für den PV-Ausbau auf städtischen Gebäuden** zur Verfügung. **Durch einen Mix aus Beratungsangeboten und Festsetzungen in Bauleitplänen setzten wir weitere Anreize für den Solarausbau.** Auch das

Förderprogramm Altbausanierung – das effektivste städtische Mittel für die Einsparung von Treibhausgasen – haben wir **deutlich gestärkt**, auf mittlerweile 1,5 Millionen Euro für das Jahr 2024.

*Oldenburg ist die Solarhauptstadt Deutschlands –
In keiner anderen Großstadt wurden im Jahr 2023 pro Kopf mehr Solaranlagen installiert.*

Ein weiteres Handlungsfeld auf dem Weg zur Klimaneutralität in Oldenburg ist die **Ernährung**, denn mindestens 21 Prozent der Treibhausgasemissionen entstehen bei der Produktion und Verarbeitung, beim Transport, der Zubereitung und Entsorgung von **Lebensmitteln**. Wir unterstützen darum alle Entwicklungen unserer Stadt auf dem Weg zu einer **kommunalen Ernährungsstrategie**.

Nach dem Ratsbeschluss zur Erarbeitung einer kommunalen Ernährungsstrategie wurden 2023 in einem breit angelegten **Beteiligungsprozess zahlreiche Maßnahmen entwickelt, um ein bio-regionales und sozial gerechtes Ernährungssystem aufzubauen**. Zur Ernährungsstrategie gehören z.B. Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung und Verpackungsmüll, ein Beratungs- und Kompetenzzentrum für Großküchen von Kitas, Schulen, und Kantinen, die Ernährungsbildung, die Förderung von Mehrwegangeboten und der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und Stadt-Land-Kooperationen. Aktuell überarbeitet die Verwaltung das Maßnahmenpaket, dass leider immer noch auf sich warten lässt. Wir werden uns in der zweiten Hälfte der Ratsperiode intensiv dafür einsetzen, dass die Maßnahmen der Ernährungsstrategie auch umgesetzt werden. Mit der AG Schulverpflegung haben wir zudem das **Rahmenkonzept Schulverpflegung** weiterentwickelt, an die Vorgaben der deutschen Gesellschaft für Ernährung angepasst, den Fleischanteil verkleinert und den Bio-Anteil erhöht. 2022 wurde die **Glasgow-Erklärung für Ernährung und Klima** von der Stadt unterzeichnet.

Mehr gesundes und klimafreundliches Essen auf Oldenburger Tellern - Wir haben die Erarbeitung einer Ernährungsstrategie beschlossen.

Das **Stadtgrün und die Stadtbäume** in Oldenburg tragen ebenfalls zum Klimaschutz bei, aber auch zu Lebensqualität, Klimaanpassung und Biodiversität. Um das Stadtgrün systematisch zu erhalten und auszubauen und die Entsiegelung voranzutreiben, wurde im September 2022 einstimmig der **Masterplan Stadtgrün** im Rat verabschiedet. Auf Initiative unserer Fraktion wurden in den Haushalten für die Jahre 2023 und 2024 Finanzmittel bereitgestellt, um Projekte daraus umzusetzen. In diesem Zusammenhang wurden etwa **Wildblumenwiesen** angelegt und in Kreyenbrück neue **Stadtbäume gepflanzt**. In diesem Jahr sollen in weiteren Stadtteilen Bäume gepflanzt werden und auf unsere Initiative hin die ersten **Pocket Parks** entwickelt werden.

Aus unserer Sicht fehlt es in Oldenburg aber weiterhin an einer **Baumerhalt- und Entwicklungsstrategie**, um auch Bäume auf Privatgrundstücken durch einen Mix aus **Beratungsangeboten und verbindlichen Regelungen** („Baumschutzsatzung“) zu schützen. Leider gab es im politischen Raum noch Vorbehalte gegen diesen wichtigen Baustein des Baumschutzes, sodass wir diese Strategie im Herbst 2023 noch nicht wie ursprünglich geplant verabschieden konnten. Der zwischenzeitlich durchgeführte Beteiligungsprozess hat aber belegt, dass die **große Mehrheit der Oldenburger*innen sich eine umfassende Baumerhalt- und Entwicklungsstrategie wünscht**, sodass wir dieses Thema im weiteren Verlauf der Ratsperiode konsequent vorantreiben werden.

Verkehrswende und Mobilität

Mit dem Beschluss des Mobilitätsplan Oldenburg sind die Weichen für die Verkehrswende gestellt – wir drängen auf eine schnellere Umsetzung der Maßnahmen durch die Verwaltung.

Der **Verkehr in Oldenburg** ist für gut ein Viertel der CO₂-Emissionen verantwortlich. Die Verkehrswende weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu einem gut funktionierenden **Umweltverbund**, bestehend aus Fuß-, Rad- und öffentlichem Nahverkehr sowie Carsharing ist daher eine der wichtigsten Zielsetzungen unserer Stadt.

Umweltfreundliche Mobilität mit deutlich weniger Autos reduziert aber nicht nur den CO₂-Ausstoß. Sie erhöht die **Lebensqualität**, durch weniger Lärm und Abgase, sie sorgt für mehr **Sicherheit** im Straßenverkehr und schafft mehr Aufenthaltsqualität im Freien. Mit mehr Flächen für das öffentliche Leben erhöhen wir auch die **Attraktivität unserer Innenstadt**.

Die Notwendigkeit zur Verkehrswende wird auch von der Verwaltung betont. Im Juni 2023 wurden die **ersten Teilkonzepte des Mobilitätsplans**, den wir maßgeblich mitgestaltet haben, nach vielen Jahren vom Rat endlich **beschlossen**. Aus grüner Sicht enthalten sie viele gute Maßnahmen, die es nun zu realisieren gilt. Leider ist die Umsetzung dieser Maßnahmen langwierig. Wir haben daher den **Verkehrsbereich** im grün-roten Änderungshaushalt für 2024 mit **fünf zusätzlichen Stellen** massiv gestärkt.

Mehr Ressourcen für Klima- und Umweltschutz und die Verkehrswende – Mit den letzten Haushalten haben wir Investitionen und Personalstellen dafür deutlich aufgestockt.

Bereits zu Beginn der Ratsperiode brachten wir mit dem **Beschluss** zur schnellen **Umsetzung der Fahrradstraße Quellenweg und der Fahrradachse Fliegerhorst-Innenstadt (FAST FLIN)** eine neue Qualität der Radverkehrsinfrastruktur auf den Weg. Heute ist der Quellenweg fast fertig umgesetzt, die FAST-FLIN ist in Planung. Auch der **Beschluss zur verkehrsberuhigten Ausgestaltung der Schlossplatzstraße** ist immer noch nicht realisiert, da die Verwaltung Schwierigkeiten hatte, ein Planungsbüro zu finden.

Wir sehen es sehr positiv, dass nach wiederholter Nachfrage der GRÜNEN FRAKTION im Verkehrsausschuss nun endlich **Fahrrad- und Tempo-30 Piktogramme zur Verbesserung der Sicherheit** Anwendung finden können und **im Rahmen des Lärmschutzplanes** in vielen Bereichen der Innenstadt nun **Tempo 30** möglich scheint.

2023 beschloss der Rat auf unsere Initiative eine schrittweise **Erhöhung der Parkgebühren und der Gebühren für die Anwohnerparkausweise**. Damit wird der öffentliche Raum, den Autos in unserer Stadt einnehmen, endlich angemessen bepreist.

Hohe Parkgebühren gelten zudem als Anreiz, das Auto lieber im Parkhaus zu parken oder gleich ganz zuhause zu lassen. Die **Mehreinnahmen stecken wir** direkt **attraktiveren öffentlichen Nahverkehr**. So haben wir der letzte Erhöhung der Ticketpreise verhindert, die der VBN bereits beschlossen hatte. Damit lohnt sich Busfahren im Vergleich zum Autofahren wieder mehr.

Das bereits Erreichte ist für uns noch nicht genug: Wir werden die **Weiterentwicklung des Mobilitätsplans** konstruktiv vorantreiben und die **beschleunigte Umsetzung der priorisierten Maßnahmen** fordern: Hierzu zählen vor allem die **fünf Fahrradachsen**, die **durchgängige Busspur auf dem**



Innenstadtring, der weitere **Ausbau von Car-Sharing- und Mobilitätsstationen** und der **Aufbau von Park-and-ride-Angeboten am Stadtrand**.

Dazu gehört auch die schnelle **Wiederherstellung und der Ausbau der Fahrradparkhäuser am Bahnhof** die wir GRÜNEN im Verkehrsausschuss immer wieder eingefordert haben.

Änderungen im Straßenverkehr führen immer wieder zu großen Widerständen. Es ist unverzichtbar, diese vorher gut zu **kommunizieren und mit Bürger*innen zu diskutieren**. Wir haben daher die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter*innen für diese Aufgabe gerne unterstützt. Es ist uns wichtig, dass alle Bürger*innen mit ihren Anliegen Gehör finden. Die Lebensqualität in der Stadt soll durch eine emissionsarme Mobilität verbessert werden. Uns ist sehr daran gelegen, dass nach der notwendigen Diskussion, eine **zügige und entschlossene Umsetzung** erfolgt, so sollten lang geplante **Straßensanierungen bzw. Umgestaltungen des Straßenraums**, wie bei der **Nadorster Straße**, mit Nachdruck vorangebracht werden. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der angespannten Personalsituation in der Verkehrsplanung. Wir werden alles dafür tun, dass mit den **vorhandenen Ressourcen so viele Verkehrswende-Maßnahmen wie möglich umgesetzt werden können**.

Stadtentwicklung

Wir haben klimagerechte Kriterien für die Planung und Weiterentwicklung von Wohngebieten eingeführt – und treiben die Wärmeplanung und die Sanierung städtischer Gebäude voran.

Die bauliche Gestaltung und Entwicklung in unserer Stadt haben einen wesentlichen Einfluss auf die Lebensqualität ihrer Bewohner*innen. Gleichzeitig hat aber auch jede bauliche Maßnahme mehr oder weniger große Auswirkungen auf die CO₂-Bilanz unserer Stadt. Im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen stehen diese Themen im Fokus. Wir GRÜNE konnten dabei entscheidende Verbesserungen auf den Weg bringen.

Bereits im Februar 2022 wurde auf unseren Antrag hin beschlossen, dass **neue Baugebiete nur noch mit einem Wärme-konzept ohne fossile Brennstoffe** genehmigt werden dürfen. Im November 2023 wurde vom Rat der „**Grundsatzbeschluss über die Einarbeitung klimagerechter Festsetzungen in Bebauungsplänen (B-Plänen)**“ gefasst, **der einige von uns eingebrachte Verbesserungen** enthält. Er setzt den Standard fest, welche Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in neuen oder überarbeiteten alten B-Plänen festgesetzt werden sollen, wie beispielsweise eine **Solardächer** oder eine **klimagerechte Bepflanzung mit standortgerechten Baum- und Heckenarten**. Auf unseren Antrag hin wird bei jedem neuen Satzungsbeschluss zu einem B-Plan eine **Checkliste** erstellt, die darstellt ob diese Standards eingehalten wurden, oder wenn nicht, mit welcher Begründung. Dies erleichtert die Beurteilung eines B-Plans sehr.



Die zahlreichen alten Bebauungspläne in der Stadt Oldenburg lassen in den Wohngebieten eine **massive und unmaßstäbliche Bebauung** zu. Dies wird vielfach von großen Bauunternehmen systematisch ausgenutzt und führt zu einer hohen Verdichtung und Überformung bestehender Siedlungsstrukturen und damit letztlich zu Einschränkungen der Wohnqualität. Um diese Entwicklung zu stoppen und **stattdessen eine maßvolle Nachverdichtung** zu ermöglichen, müssen diese alten B-Pläne überarbeitet werden. Der grünrote Haushalt hat dazu bereits 2023 die Mittel für **zusätzliche Mitarbeiter*innen in der Bauleitplanung** bereitgestellt. Die Verwaltung hat **seither mit der Neuaufstellung etlicher B-Pläne begonnen**.

Grün-Rote Haushaltsbeschlüsse machen es möglich – Mehr Personal und mehr Tempo bei der Überarbeitung von Bebauungsplänen. Für mehr Klimaschutz und eine maßvolle, sozial verträgliche Nachverdichtung.

Da Wohngebäude in Oldenburg ca. 40 % der CO₂-Emissionen verursachen können wir dort auch am meisten zur CO₂-Reduktion beitragen. Sehr **frühzeitig** haben wir deshalb die Verwaltung beauftragt, die seit dem 01.01.2022 verpflichtende **kommunale Wärmeplanung für Oldenburg** in Auftrag zu geben. Sie stellt die Grundlage dar, damit die Stadt schnell ins Handeln kommen kann und für jedes Quartier die klimafreundlichste Lösung zur Wärmeversorgung anbieten kann.

Zwei Wohnungsbauprojekte, die bereits in der letzten Ratsperiode planerisch begonnen wurden, haben den Bauausschuss besonders beschäftigt und wurden von uns kritisch begleitet: Im **Schramperweg** wurde zum Beispiel die **verkehrliche Erschließung über die Freiherr-von-Stein-Straße auf Fuß- und Radweg beschränkt**. Damit kann das kleine Wäldchen weitgehend erhalten und das Erholungsgebiet um den Kennedyteich von Autos freigehalten werden.

Und auch für das inzwischen **ehemalige Diakoniegelände mit Seniorenheim am Schützenweg**, welches der Investor nach deutlich gestiegenen Baukosten zwischenzeitlich auf Eis legte, gilt es gemeinsam Lösungen zu finden, damit dort das **geplante Alten- und Pflegeheim** realisiert und ein attraktives Wohnquartier geschaffen werden kann. Gleichzeitig wollen wir die im hinteren Bereich gelegenen Biotope erhalten.

Eine besondere Herausforderung stellt der Bau von „**autoarmen**“ **Wohngebieten** dar. Mit dem **Fliegerhorst** ist ein solches Wohngebiet schon in der letzten Ratsperiode beschlossen worden. Das bedeutet, dass keine oberirdischen Stellplätze auf den Grundstücken angelegt werden dürfen; trotzdem müssen die nach der Stellplatzverordnung geforderten Stellplätze nachgewiesen werden. Die nach grüner Auffassung logische Lösung wäre der **Bau von oberirdischen Quartiersgaragen** in denen Anwohnende, die nicht auf ein eigenes Auto verzichten können, ihre Fahrzeuge parken und in denen Sharing-Stationen untergebracht werden. Diese sind aber im B-Plan nicht vorgesehen und es gibt seitens der Verwaltung bisher kein Betreiberkonzept. Auf unser Drängen hin hat die Verwaltung nun den Bau und Betrieb einer Quartiersgarage auf dem Fliegerhorst ausgeschrieben.

Die **Einhaltung der Quote von 30 % für den Bau von bezahlbarem Wohnraum** bei Neubauprojekten halten wir für besonders wichtig. Bisher wurden diese immer von der Anzahl der geschaffenen Wohneinheiten berechnet, so dass in der Regel Kleinwohnungen entstanden sind. Nimmt man die geschaffene Wohnfläche insgesamt als Berechnungsgrundlage, dann können auch mal **größere bezahlbare Wohneinheiten** für Familien entstehen. Eine entsprechende sinnvolle **Weiterentwicklung der Leitlinie** werden wir noch in dieser Ratsperiode verfolgen.



Um die Themen Bauen und Sanieren geht es auch im Betriebsausschuss für den **städtischen Eigenbetrieb für Gebäudewirtschaft und Hochbau (EGH)**, der sich um Schulgebäude, Sporthallen und weitere städtische Gebäude kümmert: Insgesamt 120 Liegenschaften mit etwa 450.000 Quadratmetern und einem Energieverbrauch von 44 Millionen Kilowattstunden für Strom und Gas. Auf unseren Antrag hin hat der EGH das **Energiemanagement in den städtischen Liegenschaften** eingeführt und zum Ende des Jahres 2023 einen **Energiebericht** vorgelegt. Damit kann die energetische Qualität der Gebäude beurteilt

und verglichen werden und erfahrungsgemäß bis zu 20 Prozent des Energieverbrauchs durch nicht- und gering-investive Maßnahmen eingespart werden. Dies ist außerdem die Grundlage für eine **Priorisierung entsprechender Sanierungsmaßnahmen**, auf die wir im Ausschuss konsequent

hinarbeiten. Für den EGH gilt, dass bei jeder Sanierung der städtischen Gebäude der höchstmögliche Energiestandard umgesetzt werden soll. Neubauten sollen grundsätzlich als Passivhausgebäude konzipiert werden.

Wir befürworten die angeschobene Organisationsuntersuchung des EGH, um diesen Betrieb noch leistungsfähiger aufzustellen. Nicht zuletzt durch unsere zusätzlichen Haushaltsmittel konnte auch die **Ausstattung von städtischen Gebäuden mit Photovoltaikanlagen** gesteigert werden.

Exkurs: GRÜNE Grundstücks- und Wohnungspolitik für Oldenburg

Grundstücke und Wohnungen sind knapp. Die Stadt Oldenburg soll hier eine stärkere Rolle spielen, um soziale, ökologische und stadtplanerische Ziele zu erreichen. In dieser Ratsperiode konnten wir den Einfluss der Stadt auf die Grundstücke stärken und leiteten die Gründung einer Wohnungsgesellschaft ein.

Der städtische **Boden wird immer knapper**; gleichzeitig wurden in der Vergangenheit städtische Grundstücke in großem Stile verkauft. Dadurch wird die Stadt Oldenburg aber langfristiger Gestaltungsmöglichkeiten für die Stadtentwicklung beraubt. Im letzten **Kommunalwahlprogramm** hatten wir GRÜNEN daher das Ziel formuliert, **Grundstücke vermehrt im Eigentum der Stadt zu halten, um diese gegebenenfalls selbst zu bebauen oder an Privatpersonen in Erbbaupacht zu vergeben**. Mit der SPD erarbeiteten wir dazu in dieser Ratsperiode einen umfangreichen **Grundsatzantrag**, der im Februar 2023 beschlossen wurde. Künftig werden **Grundstücke für Privatleute und für Investoren zu mindestens einem Drittel verpflichtend im Erbbaurecht vergeben**. Ein weiteres Drittel der Grundstücke für eine Mehrfamilienbebauung wurde für eine **Bebauung durch die Wohnungsgesellschaft reserviert**. Alle übrigen zu vergebenden Grundstücke werden zukünftig **wahlweise** zum Verkauf oder zur Erbpacht angeboten, wobei die Zinskonditionen durch unseren Antrag deutlich attraktiver gestaltet wurden.

Für alle **Verkaufsfälle** wurde **schließlich ein dinglich gesichertes Vorkaufsrecht für die Stadt vorgesehen**, dass wir mit einem Antrag vom April 2024 noch auf zukünftig zu verkaufende **Gewerbegrundstücke** ausweiteten. Damit kann die Stadt ein Grundstück zu marktüblichen Preisen zurückkaufen, wenn der oder die Eigentümerin es weiterverkaufen will. Sie kann es zurückkaufen, sie muss es aber nicht. **Durch das Vorkaufsrecht kann Oldenburg damit zukünftig die städtebauliche Entwicklung besser beeinflussen**, indem sie strategisch wichtige Flächen sichert.

Mehr Einfluss der Stadt auf dem Grundstücksmarkt – Wir haben das Vorkaufsrecht der Stadt und das Instrument des Erbbaurechts deutlich gestärkt.

Steigende Mietkosten und fehlende (Sozial-)wohnungen sind ein weiteres Problem in Oldenburg. Die Gründe dafür sind vielfältig, die Vergangenheit zeigte aber auch: Der Markt allein wird nicht ausreichend Wohnungen bereitstellen, besonders im aktuellen Marktumfeld mit den hohen Zinsen. Im GRÜNEN Programm zur Kommunalwahl und im Bündnispapier mit der SPD hatten wir uns daher vorgenommen, neben der schon in der vergangenen Ratsperiode beschlossenen **Quotenregelung zum bezahlbaren Wohnraum** auch eine städtische **Wohnungsgesellschaft zu gründen**.

Diese **Wohnungsgesellschaft** soll die schon im Besitz der Stadt befindlichen Wohnungen optimal bewirtschaften und gleichzeitig **neuen Wohnraum schaffen**. Damit soll die Stadt direkten Einfluss auf die ökologische, soziale und stadtplanerische Umsetzung erhalten. Die Gesellschaft soll ebenso **Bestandsimmobilien erwerben, (ökologisch und barrierefrei) sanieren und vermieten**, um damit neue Maßstäbe für die quartiersverträgliche Nachverdichtung zu setzen.

Ein von GRÜNEN und SPD-Fraktion beauftragtes Gutachten kam 2024 zum Schluss, dass zunächst der städtische Eigenbetrieb für **Gebäudewirtschaft und Hochbau (EGH) um eine**

Wohnungsabteilung erweitert werden sollte. Im April 2024 beauftragten wir dann den EGH, eine Wirtschafts-Planung und parallel eine Änderung seiner Satzung und Betriebsorganisation zu erarbeiten. Dadurch soll der EGH schon im Jahr 2025 beginnen können, günstigen Wohnraum in Oldenburg zu schaffen. Im Zuge der Diskussion um den Stadionneubau fiel dabei auch der Vorschlag unserer Fraktion auf fruchtbaren Boden, finanzielle Überschüsse der Stadt nicht in eine Stadion-GmbH zu geben, sondern in den EGH als Startkapital für die neue Wohnungsgesellschaft. Dies wird im Detail mit der Aufstellung des Haushalts für 2025 zu besprechen sein.

*Erste Schritte für eine Wohnungsgesellschaft –
Ab dem nächsten Jahr soll der städtische Eigenbetrieb aktiv Wohnraum schaffen.*

Die Wohnungsgesellschaft ist kein Allheilmittel, welches kurzfristig die Mieten in Oldenburg schlagartig senken wird. Wir blicken mit einer **langfristigen Perspektive** auf dieses Projekt. Stück für Stück soll die Gesellschaft in den nächsten Jahren den städtischen Wohnungsbestand erweitern. Zusammen mit den Grundsatzbeschlüssen zur Grundstücksvergabe im Erbbaurecht und der grundsätzlichen Einführung eines städtischen Vorkaufsrecht haben wir daher in den letzten zwei Jahren die Stadt mit erheblich mehr Einfluss auf den Grundstücks- und Wohnungsmarkt ausgestattet. **Damit konnten wir GRÜNEN die Trendumkehr in der Oldenburger Grundstücks- und Wohnungspolitik einleiten und werden in den kommenden Jahren immer mehr in die Lage kommen, soziale, ökologische und stadtplanerische Ziele mit einer aktiven städtischen Grundstücks- und Wohnungspolitik gestalten zu können.**

Gute Bildung und Lebensqualität in der Stadt für Kinder und Jugendliche

Wir setzen uns für gute Betreuungsangebote in Schulen und Kitas ein – und für inklusive Bildung an gut ausgestatteten Schulen.

Seit 2009 besteht in Deutschland ein **Rechtsanspruch auf inklusive Bildung** als Menschenrecht. Diversität ist Grundlage für eine demokratische Kultur in Vielfalt, Toleranz und gegenseitigem Respekt. In der Inklusion zählt die Einzigartigkeit jedes Menschen. Lernen kann daher nicht im Gleichschritt gelingen, sondern benötigt individuelle und soziale Gestaltungsräume. Bei der Umsetzung sind allerdings die Hürden (Finanzen, Struktur, Haltung) noch hoch. Ab 2026/2027 besteht außerdem ein **Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung von Kindern im Grundschulalter**. Ganztagsbildung unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ermöglicht Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern bessere Bildungschancen. Beide Ziele sind uns wichtig

Für die **Finanzierung** sind Land (Personalausstattung) und Kommune (Gebäude) gemeinsam zuständig. Zunehmend beteiligt sich der Bund auch an Kosten, z.B. für die Digitalisierung, die Ganztagsbildung oder für den Ausbau der inklusiven Schulen. Die Landesregierung unterstützt die Kommunen verstärkt bei den Investitionskosten im Zeitraum von 2024 bis 2027. Trotzdem steigen für uns als Stadt die Kosten für Baumaßnahmen, Betriebskosten und Schulbegleitung.

Alle Schulen benötigen fortlaufende **Sanierungen und Ausstattungen**, z.B. für ein zeitgemäßes Raumprogramm, die energetische Sanierung oder im Rahmen der Digitalisierung. Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung und eine Beschleunigung aller notwendigen Schulbaumaßnahmen im Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft ein.

Um eine gute Bildung für alle Kinder sicher zu stellen, setzen wir uns in der **AG Ganztag, der AG Inklusion und der AG Schulverpflegung** für gute Rahmenbedingungen auf allen Ebenen ein.

In Oldenburg haben wir uns entschieden alle Grundschulen in **inklusive Ganztagschulen** umzugestalten. Die inklusive Ganztagsbildung soll in gemeinsamer Verantwortung von Schule und

Jugendhilfe umgesetzt werden und sich an den Bedarfen und Bedürfnissen der Kinder und Familien orientieren. Neben den Baukosten steigen daher auch die Betriebskosten stetig. Für 2024 kalkuliert die Verwaltung für unsere 17 Ganztagschulen bereits ca. 5 Millionen Euro Betriebskosten. 2023 haben wir die Sozialstaffel für den Stellenschlüssel im Ganztagsbetrieb überarbeitet und angepasst, um die Ressourcen gerechter auf die Schulen zu verteilen.

Wir unterstützen das **Oldenburger System der pauschalierten Schulbegleitung** und die finanziellen Mittel für präventive Leistungen. Die freiwillige Leistung stellt aus unserer Sicht sicher, dass Kindern bei Bedarf ohne aufwendiges und stigmatisierendes Antragsverfahren (Gutachten, Schulbesuche, Elterngespräche durch das Amt) eine Schulbegleitung zur Verfügung steht. Dies entspricht dem inklusiven Grundgedanken, das Schulsystem und nicht die einzelnen Schüler*innen mit personellen Ressourcen zu versorgen. Es gibt den Kindern Verlässlichkeit und Schulen, Trägern und Schulbegleitungen Planungssicherheit, was auch für die Fachkräftegewinnung dringlich ist. **Die von der Verwaltung vorgesehene Streichung des Präventionsanteils für die Schulbegleitung haben wir zum Haushalt 2024 verhindert.** Problematisch ist allerdings, dass immer mehr Kinder eine besondere Unterstützung benötigen. Die Kosten für Schulbegleitung betragen mittlerweile 3,5 Millionen Euro pro Jahr. Tendenz steigend. An der AG zur Weiterentwicklung der Schulbegleitung werden wir konstruktiv mitarbeiten.

Keine Kürzungen für Bildung und Schulbegleitung – Vorgeschlagene Kürzungen haben wir verhindert und die finanziellen Rahmenbedingungen für die Betreuung in Kindertagesstätten deutlich verbessert.

Mehr Bio beim Schulessen! Diese gute Botschaft können wir dank GRÜNER Beharrlichkeit verkünden, sodass die Oldenburger Kinder gesünder und bewusster den täglichen Mittagstisch genießen können. Wir setzen uns für eine kontinuierliche Steigerung eines bio-regionalen Anteils in der Schulverpflegung und die Umsetzung der jeweils aktuellen Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung als wichtigen Beitrag zu Gesundheit und zum Klimaschutz ein.

Gerne unterstützen wir unsere Schulen auch bei der **Realisierung neuer Bildungskonzepte**. So nahmen wir 2022 am 1. Bildungsfestival Oldenburg teil. Dabei wurden viele Projektideen für eine zeitgemäße Bildung in den Oldenburger Schulen entwickelt und vorgestellt. Zu den drei Favoriten zählte die Initiative "Schule im Aufbruch", die den „Freiday“ vorstellte. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Initiative in den Schulausschuss eingeladen wurde, und wir freuen uns, dass der „Freiday“ nun in einigen Oldenburger Schulen umgesetzt wird. Auch haben wir mit viel Freude an dem **partizipativen Format der Schulbauwerkstatt für den Bau unserer neuen Grundschule auf dem Fliegerhorst teilgenommen** und unterstützen das erarbeitete innovative Konzept, auch für zukünftige Schulbaumaßnahmen und eine pädagogische Architektur.

Auch das **Pilotprojekt "Kommunalpolitik in Schule"**, konnte durch unsere Initiative in der BBS Wechloy umgesetzt werden. Mehrere Ratsleute aus verschiedenen Fraktionen standen als Paten zur Verfügung, um zusammen mit den Lehrkräften kommunalpolitische Themen und Strukturen zu vermitteln. Das Projekt wurde auch Gegenstand einer Bachelorarbeit.

Durch unseren beharrlichen Einsatz wurde 2024 endlich auch der **"Runde Tisch Schulwegesicherheit"** gegründet, um neue Schulwegpläne zu erarbeiten, die Elterntaxiproblematik anzugehen und ein schulisches Mobilitätsmanagement zu diskutieren. Den Runden Tisch und auch das stetig wachsende Bewusstsein für mehr Schulwegsicherheit in unserer Stadt würde es ohne die GRÜNE Ratsfraktion nicht geben.

Der **Einsatz gegen den Fachkräftemangel in Kindertagesstätten** ist uns in dieser Ratsperiode ein weiteres wichtiges Anliegen. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (JHA) haben eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung, Trägern, Agentur für Arbeit und Berufsschule gegründet, die sich seit Anfang 2023 regelmäßig trifft, um kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zu finden, die dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Inzwischen wurde ein Pilotprojekt gestartet, das vorsieht, junge Menschen aus Spanien hier zu **Erzieher*innen auszubilden**. Die nächste Maßnahme wird eine Kampagne sein, die eine Imageverbesserung des Berufes zur Folge haben soll.



Im Grün-Roten Haushalt für das Jahr 2023 war zudem die **Erhöhung der Verfügungszeiten in Kindertagesstätten von 7,5 auf 10 Stunden pro Gruppe (für 600.000 €) ein finanzieller Schwerpunkt**. Damit tragen wir dazu bei, dass die Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen sich real verbessern und mehr Zeit bleibt für beispielsweise Elterngespräche oder organisatorische Aufgaben. Dieser Vorschlag fand fraktionsübergreifende Zustimmung im Rat.

Soziales

Mit vielen Bausteinen und Initiativen unterstützen wir eine Sozialpolitik für alle Menschen und in allen Stadtteilen in Oldenburg.

Die kommunale **Sozialpolitik für Alle**, haben wir konsequent weiterentwickelt. Damit tragen wir den Veränderungen aufgrund von gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung. Ein Schwerpunkt ist das Thema **Pflege**. Dabei haben wir von der Verwaltung und Politik initiierte thematische Gruppen und Arbeitskreise gemeinsam begleitet bzw. selbst unterstützt. Zur Stärkung **der offenen Altenarbeit** haben wir im Haushalt 2022 zunächst eine zusätzliche Stelle für den Bereich Pflege geschaffen. Im Jahr 2024 haben wir beschlossen, die **strategische Pflegeberatung** zu entfristen, damit der Gesamtprozess Pflege systematisch koordiniert werden kann. Es gilt insgesamt, ein bedarfsgerechtes professionelles Unterstützungssystem aufrecht zu erhalten, aber auch weiterzuentwickeln.



Das Leben in den Stadtteilen stärken, darauf kommt es an. Ehrenamtliches Engagement gehört unbedingt dazu. Wir bauen auf die Quartiersarbeit. Diese kann gut gelingen durch Einbindung ehrenamtlich engagierter Menschen. So wurden **„Orte für alle“** ins Leben gerufen. Im Stadtteil Eversten wurde der erste Standort inzwischen eingeweiht, in Ofenerdiek befindet sich ein Standort im Aufbau. Nicht immer hilft das Ehrenamt allein, deshalb haben wir für Kreyenbrück Mittel für die Quartiersarbeit bereitgestellt. Insbesondere für die Betreuung des neuen Sportparks.

Unsere Stadt ist bunt. Aus unserer Sicht nicht nur eine Feststellung, wenn es um eine Beschreibung der in Oldenburg lebenden Menschen geht, sondern auch ein Leitspruch für unsere Arbeit im Rat der Stadt Oldenburg. Integration ist nicht nur dann wichtig, wenn es um Migrationsgeschichte geht, sondern auch dann, wenn die Akzeptanz der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt in Frage gestellt wird.

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern haben wir erfolgreich in die Wege geleitet, dass sich die Stadt Oldenburg dem **Rainbow City Network** anschließt. Auf Grund unserer Initiative ist die Stadt Oldenburg jetzt Teil eines über 30 Städte umfassenden Netzwerkes, das eine aktive Politik für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) betreibt. Zumindest in dieser Hinsicht steht die Stadt Oldenburg dadurch auf einer Stufe mit Städten wie Amsterdam, Barcelona, Berlin, Hamburg, Mexico City, Reykjavik und Taipei.

Die Umsetzung des Gesamtkonzeptes niedrigschwellige **Wohnungslosenhilfe und Suchthilfe** ist für uns wichtig. So haben wir Maßnahmen wie ein verbessertes Beratungsangebot (STEP, Am Schießstand) und ein verbessertes Angebot des Tagesaufenthaltes an der Cloppenburger Straße forciert. Im Haushalt 2024 haben wir das Projekt HaLT für die Zielgruppe junge Erwachsene/Care Leavers bei der Bahnhofsmision unterstützt.

Aufgrund **fehlender preisgünstiger Wohnungen** ist es sinnvoll vorhandenes Wohnraumpotential im Bestand zu heben. Dies ist ein weiterer Baustein, um der großen Wohnraumknappheit zu begegnen. Etliche Ein- und Zweifamilienhäuser werden im Zuge des Generationenwechsels nicht optimal genutzt und stehen teilweise sogar leer. An unserer Forderung, ein Konzept zur Einrichtung einer Wohnungstausch- und Wohnungsteilbörse und dem Umbau von Einfamilienhäusern (Einliegerwohnungen) halten wir daher fest.

Im Haushalt 2023 haben wir erstmalig die **Transberatung Weser-Ems** mit einem Zuschuss unterstützt. Ebenfalls im selben Jahr garantierten wir der Oldenburger Tafel einen einmaligen Zuschuss, den sie jedoch schlussendlich nicht in Anspruch nehmen musste.

Bei einigen Institutionen wollte die Verwaltung im Haushalt 2024 weniger Zuschuss als beantragt zahlen, dieses korrigierten wir mit unseren Haushaltsbeschlüssen. Zudem haben wir uns für das aktuelle Haushaltsjahr entschieden, die Projektstelle **Männerarbeit** zu verstetigen. Das im Rahmen des städtischen Aktionsplanes gegen Gewalt an Frauen so wichtige Projekt „STOP“, welches an der Gemeinwesenarbeit Dietrichsfeld angegliedert ist, haben wir finanziell gesichert.

Integration

Wir arbeiten an einer offenen und bunten Stadt für alle – mit Netzwerkpartner*innen innerhalb von Oldenburg und in städteübergreifenden Bündnissen.

Die **Integration aller Bürger*innen in Oldenburg** zu ermöglichen und voranzubringen ist ein wichtiger Bestandteil unserer Ratsarbeit. Dafür sind wir im ständigen Austausch mit zahlreichen Organisationen und Einzelpersonen, die sich in die Integrationsarbeit, die Arbeit mit Geflüchteten oder die Organisation von städtischen Angeboten einbringen. Eine wichtige Plattform ist dabei auch das „Forum für Integration“, an denen wir begleitend teilnehmen.

Diskriminierung entsteht nicht zu unerheblichen Teilen durch Sprache. Es ist uns daher ein wichtiges Anliegen bereits **im Wortgebrauch sensibel für die Wahrnehmung von Menschen mit Migrationsgeschichte zu sein**. Auch die Stadt Oldenburg hat aus unserer Sicht diese Verantwortung. Mit Erfolg haben wir gemeinsam mit unserem Bündnispartner eine Diskussion zur Abschaffung des N-Wortes angeregt. Neben der im Jahr 2020 beschlossenen Resolution für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, dem Leitbild der Stadt Oldenburg und der im Jahr 2014 unterzeichneten Charta der Vielfalt für Diversity am Arbeitsplatz, die wichtige Ansätze für eine diskriminierungsfreie Stadt setzten, setzt auch die Ächtung des N-Wortes ein wichtiges Signal gegen Diskriminierung im städtischen Raum.

Die überregionale, sogar weltweite Zusammenarbeit war selten so gefragt wie in diesen Zeiten. Aus Jahrzehnte lang schwelenden Konflikten sind Kriege geworden und neue Konflikte sind entstanden. Nie dagewesene **Fluchtbewegungen** wurden ausgelöst und Menschen aus Ländern vertrieben, die wir noch vor wenigen Jahren als sicher betrachtet haben. Zuallererst ist hierbei die **Ukraine** zu nennen. Wie bereits in den vorangegangenen Jahren haben wir in Oldenburg eine bemerkenswerte Hilfsbereitschaft in der Stadtbevölkerung wahrnehmen können. Wir sind stolz auf unsere Stadt und ihre Menschen! **Zahlreiche Ukrainer*innen wurden zentral und dezentral untergebracht und haben in Oldenburg eine sichere Heimat gefunden.** Das ist sowohl der Stadtverwaltung als auch dem herausragenden zivilgesellschaftlichen Engagement zu verdanken (wenngleich auch kritische Nachfragen in Bezug auf Arbeitsweisen und Vorgänge rund um die dezentrale Unterbringung erlaubt sein müssen). Wir unterstützen es grundsätzlich, dass eine Stadt wie Oldenburg schutzbedürftige Menschen auch weiterhin aufnimmt.



Oldenburg ist ein sicherer Hafen für geflüchtete Menschen. Auf unsere Initiative hin ist die Stadt Oldenburg mittlerweile nicht nur das, sondern auch Teil der **Seenothilfe im Mittelmeer** und damit Teil der Rettung von geflüchteten Menschen, die auf dem Seeweg versuchen nach Europa zu gelangen und dabei ihr Leben zu gefährden. Die Stadt Oldenburg hat auf unseren Antrag hin Mittel für eine **Schiffspatenschaft** bereitgestellt und die eingestellten Mittel durch einen Spendenaufruf in der Stadtbevölkerung verdoppelt.

Integration ist ein fortlaufender Bestandteil und Grundbaustein des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie ist Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben und eine lebenswerte Zukunft.

Die Stadt Oldenburg hat sich daher in der Integrationspolitik auch konzeptionell aufgestellt und arbeitet zielstrebig an der Umsetzung des **Integrationskonzeptes**, das aus mehreren Handlungsfeldern besteht. Laufend wird uns von einer Vielzahl positiver Erfahrungen und Projekten berichtet, die von der Stadt durchgeführt und gut angenommen werden.

In der Stadt Oldenburg arbeitet ein Bündnis aus demokratischen Kräften an einem gesellschaftlichen Zusammenleben, das von Respekt, Akzeptanz und Vielfalt geprägt wird. Diskriminierung darf in unserer Stadt keinen Raum haben.

Umso deutlicher wird sichtbar, wie wichtig die Aufklärungsarbeit gegen rechte Politik ist. Wie wichtig Bildungsangebote sind, die sich kritisch mit nationalistischer Politik auseinandersetzen und die dunkle Geschichte unseres Landes und unserer Stadt in Erinnerung rufen. Nie wieder ist jetzt! **Deshalb sicherten wir mit der SPD die Mittel für die Aufrechterhaltung der Arbeit der Koordinierungsstelle gegen Rechts bis Ende 2024** und arbeiten an einer Fortsetzung und Optimierung der konzeptionellen Koordinierungsarbeit zwischen diversen Akteuren.

Kultur

Mit dem Beschluss der Kulturförderrichtlinie haben wir einen Meilenstein für die Kulturförderung erreicht. Wir GRÜNE setzen uns weiterhin für die Vielfalt der Kultur in Oldenburg ein.

Das vielfältige **kulturelle Angebot macht Oldenburg zu einem lebenswerten Ort** und stärkt seine Attraktivität. Wir GRÜNE stehen für Offenheit gegenüber Neuem, Achtung für das Vorhandene, Experimentierfreudigkeit und künstlerische Freiheit und waren im regelmäßigen Austausch mit vielen Kulturschaffenden.

Wir freuen uns, dass wir nach jahrelangem Diskurs mit den Akteuren und Ratskolleg*innen eine neue **Kulturförderrichtlinie zur institutionellen Förderung** im Rat beschlossen haben. Diese hat die Schwerpunkte kulturelle Teilhabe, Stadtteilkultur, Innovation und Experiment, Nachwuchsförderung und Generationenwechsel, Kooperation und Vernetzung. Die Neuausrichtung schafft **Transparenz und Klarheit**. Dabei haben wir uns dafür stark gemacht, dass Kulturinstitutionen für eine gute Personalausstattung und faire Löhne deutlich mehr Geld benötigen. Gemeinsam mit unserem Bündnispartner haben wir das Fördervolumen für die Institutionen nach den Empfehlungen eines Beirats deutlich um mehr als 500.000 Euro erhöht. Für uns GRÜNE hätte die Erhöhung gerne noch deutlich höher ausfallen können.

Stärkung von Kultureinrichtungen - Wir haben nach jahrelanger Diskussion eine Kulturförderrichtlinie beschlossen und mehr Geld für Kultur in den Haushalt eingestellt.

Zusätzlich haben wir erreicht, dass 2023 ein Sonderfonds für die **energetische Sanierung von Kultureinrichtungen** aufgelegt wurde und dass ein Budget über 100.000 Euro für die Beratung von Kultureinrichtungen bei Neuausrichtung und **Generationenwechsel** eingerichtet wird. Den Topf für die Projektförderung insbesondere **für junge Kultur** haben wir um 100.000 Euro erhöht.

Wir stellen uns unserer historischen Verantwortung auch im Kulturbereich. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und unserer kolonialen Vergangenheit. Für die weitere Arbeit im Kulturausschuss haben wir das Thema **Erinnerungskultur** auf die Tagesordnung gebracht. Eine lebendige Erinnerung verbinden wir mit einem entschlossenen Einsatz gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus.



Ein Schwerpunkt für unsere Arbeit in der zweiten Hälfte der Ratsperiode wird die **Unterstützung für die junge Kultur** sein. Dazu gehören Angebote für Kinder, Jugendliche und für junge Erwachsene. Wir werden uns einsetzen für eine lebendige junge Kulturszene in der Stadt, die Erhöhung von kultureller Vielfalt und interkulturellen Begegnungen, die Förderung von Clubkultur, die Einrichtung von Proberäumen und Ateliers und eine unbürokratischere Unterstützung und Möglichmachung von Kunst und Kultur.

Die **Sanierung der Bauwerkhalle** und den **Bau des Stadtmuseums** werden wir konstruktiv in Zusammenarbeit mit den regionalen Künstler*innen begleiten.

Sport

Den Vereinssport und auch den nicht-organisierten Sport konnten wir durch erfolgreiche Förderprogramme stärken. Beim Bäderkonzept geht es durch den energieeffizienten Neubau des Flöteichbades voran.

Ein großer Erfolg im Sportausschuss war das **Förderprogramm „Zurück in den Sport“**. Schon im Kommunalwahlprogramm sprachen wir uns für eine Unterstützungsinitiative für Sportvereine aus, um nach der Pandemie neue Vereinsmitglieder (zurück) zu gewinnen. Auf unsere Initiative hin entwickelte die Stadtverwaltung ein sehr erfolgreiches Förderprogramm. Diverse Vereine konnten damit **individuelle Werbemaßnahmen und Sonderveranstaltungen zur Mitgliedergewinnung organisieren**. Zudem finanzierte die Stadt für **32 Vereine die Mitgliedsbeiträge für ein halbes Jahr für neue Mitgliedschaften. Insgesamt konnten so 2.619 neue Mitglieder für die Sportvereine gewonnen werden**.

Zurück in den Sport – Eine von uns initiierte Förderrichtlinie war ein Anreiz für Hunderte Menschen, sich nach der Pandemie wieder in Oldenburger Sportvereinen anzumelden..

Auch für den **nicht-organisierten Sport** wurde auf Antrag der GRÜNEN- und SPD-Fraktion hin ein Förderprogramm entwickelt, mit dem unter anderem Angebote an frei zugänglichen Sport- und Freizeitanlagen im Stadtgebiet organisiert wurden, bei denen Interessierte eine Einweisung in die Geräte erhalten. Weiterhin wurden die „Kids Aktiv Familienspielsonntage“ gefördert.

Im Zuge der **Oldenburger Bäderstrategie** wurde in dieser Ratsperiode auch der **Neubau des Sport- und Gesundheitsbades am Flöteich** gestartet. Unsere Fraktion sieht das Projekt als öffentliche Daseinsvorsorge und als Schlüssel, um ganzjährig nutzbare Wasserflächen für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport, insbesondere im Stadtnorden, bereitzustellen. Dabei konnte das **Energiekonzept** im Laufe dieser Ratsperiode nochmals deutlich verbessert werden (unter anderem durch den umfassenderen Einsatz von Photovoltaik durch Verzicht auf ein Cabrio-Dach und einen potenziellen Einsatz von Geothermie und Floating-PV), sodass das **Flöteichbad eines der innovativsten und energieeffizientesten Schwimmbäder Deutschlands** werden kann.

Exkurs: Ein neues Stadion für Oldenburg?

GRÜNE haben sich für eine städtische Teilfinanzierung, höchste Klimaschutzstandards bei Bau und Betrieb, sowie mehr Bürger*innenbeteiligung und Transparenz eingesetzt.

Nach 25 Jahren kehrte der VfB Oldenburg im Juni 2022 in den Profifußball (3. Liga) zurück. Auch nach dem direkten Wiederabstieg des VfB in die Regionalliga Nord beherrschte in dieser Ratsperiode die Frage die **öffentliche Debatte, ob ein zweites Fußballstadion in unserer Stadt gebaut werden soll, finanziert zu 100 Prozent mit öffentlichen Steuergeldern**. Dieses zweite Stadion wäre im Fall eines Wiederaufstiegs des VfB perspektivisch notwendig, um die Lizenzbedingungen des DFB zu erfüllen. Der Oberbürgermeister trieb das Thema mit besonderer Vehemenz und Sonder-Ausschusssitzungen voran (während andere wichtige Themen oft jahrelang in den Schubladen der Verwaltung liegen blieben, siehe zum Beispiel die „CCO-Tiefgarage“).

Unsere Fraktion nahm hier von Beginn an eine skeptische Haltung ein. Wir sahen den **VfB in der Pflicht**, der als (dann) Profiverein schließlich zukünftiger Hauptnutzer des Stadions würde. **Unsere Parteimitglieder unterstützten unsere Fraktion in dieser Auffassung im Januar 2023 schließlich einstimmig (bei einer Enthaltung)**. Danach galten folgende Leitlinien für unsere Ratsarbeit:

- Wir lehnen eine weitere kostenträchtige Planung für die Stadt Oldenburg ab, wenn die Kosten für den Bau und den späteren Betrieb des Stadions überwiegend von der Stadt finanziert werden. Unserer Auffassung nach dürfen die Investitionskosten zu maximal 30 Prozent aus dem städtischen Haushalt bzw. durch eine städtische Realisierungsgesellschaft finanziert werden. Dies orientiert sich an der Oldenburger Sportförderrichtlinie für gemeinnützige Vereine. Das zukünftige Profifußballstadion muss im Wesentlichen durch nicht-städtische Mittel finanziert werden.
- Wir lehnen eine Neubauplanung ab, wenn die Klimaneutralität nicht weitestgehend sichergestellt ist, sowohl bzgl. des Baukörpers als auch im späteren Betrieb (u. a. Mobilitätskonzept).
- Wir bringen einen Änderungsantrag ein, der verlangt, dass die weiteren Planungen auf keinen Fall in einer „Realisierungsgesellschaft“ diskutiert und beschlossen werden, sondern auf Ausschussebene.

Auch wenn wir uns mit diesem Antrag in der ersten Stadion-Vorabentscheidung Anfang 2023 im Rat nicht durchsetzen konnten, begleitete unsere Fraktion die weiteren Planungen sehr intensiv faktenorientiert und kritisch. Als zu Beginn des Jahres 2024 allmählich die Gutachten und der voraussichtliche Kostenrahmen zum Stadionneubau vorlagen, beantragten wir im Februar 2024 eine **Einwohner*innenbefragung** zur endgültigen Entscheidung über die Stadionfinanzierung aus öffentlichen Mitteln. Auch dieser Antrag wurde im Rat mehrheitlich abgelehnt. Immerhin konnten wir uns mit Beschlusspunkten zu einer „**Informationsoffensive**“ durchsetzen (Übertragung aller Stadion-Ausschusssitzungen im Internet, Durchführung einer Informationsveranstaltung).

Am 15.04.2024 schließlich traf der Rat der Stadt Oldenburg mehrheitlich (gegen unsere Stimmen) die Grundsatzentscheidung für den städtisch finanzierten Neubau an der Maastrichter Straße (für 10.000 Zuschauende, Baukosten ca. 50 Millionen Euro, bei jährlichen Kosten für den städtischen Haushalt von ca. 2,2 Millionen Euro in der 4. Liga). **Aus unserer Sicht bedeutet diese Entscheidung eine Ungleichbehandlung der städtischen Sportvereine und wird auf Jahre Personal und städtische Finanzmittel binden, die an anderer Stelle für notwendige Projekte der öffentlichen Daseinsvorsorge mit mehr Priorität eingesetzt werden müssten.** Nichtsdestotrotz akzeptieren wir an dieser Stelle unsere Minderheitsposition im demokratischen Prozess und werden uns in die weiteren Planungsschritte konstruktiv einbringen, um eine wirtschaftlich vernünftige und möglichst klimaneutrale Umsetzung des Stadionprojektes zu erreichen.

Wirtschaftsförderung, Digitalisierung und internationale Zusammenarbeit

Wir sind im Dialog mit der Wirtschaft in Oldenburg – und setzen uns für mehr Digitalisierung und Transparenz für die Oldenburger Politik und Verwaltung ein.

Wir haben uns mit vielfältigen Fragen der Förderung unserer kommunalen Wirtschaft beschäftigt und in der Regel konsensual mit den anderen Fraktionen debattiert. Immer wieder haben wir durch Anfragen und Anregungen die Möglichkeiten zur Unterstützung der **gemeinwohlorientierten Wirtschaft** im Ausschuss thematisiert und werden diese auch in Zukunft diskutieren.

Wirtschaft muss sich austauschen können und dafür braucht es in einer Stadt wie Oldenburg ein attraktives Tagungs- und Veranstaltungszentrum. Die **Weser-Ems-Hallen** erfüllen diese Funktion in unserer Stadt. Da sie stark sanierungsbedürftig sind, beauftragte die „Weser-Ems-Halle Oldenburg GmbH & Co. KG“ ein Sanierungs-Konzept mit unterschiedlichen Varianten. Ein Neubau der Halle mit einer Modernisierung und dem Ausbau etlicher Funktionsbereiche erscheint uns als die beste Lösung. Die Statik der jetzigen Halle lässt z. B. das Tragen moderner Veranstaltungstechnik nicht mehr zu; auch weil der Untergrund, eine stillgelegte Mülldeponie,

langfristig nicht genügend tragfähig ist. Die Vorplanung des Neubaus wurde von uns kritisch und konstruktiv begleitet. Sie wird im Ergebnis die Attraktivität des Angebots der Weser-Ems-Hallen deutlich steigern und durch die energetische Sanierung den Betrieb erheblich klimafreundlicher machen. Wir GRÜNEN haben deshalb der Investition von ca. 50 Mio. Euro zugestimmt.



Auf unsere Initiative hin wurde die Teilnahme Oldenburgs an dem EU-Projekt „**Europa fängt in der Gemeinde an**“ im April 2024 beschlossen. Seither vertritt unser grüner Rats Herr Dr. Alaa Alhamwi die Stadt in dem europäischen Netzwerk „ausgewählten Lokalpolitikern, die EU-Themen in einer nie dagewesenen Partnerschaft zwischen europäischer und lokaler Regierungsebene vermitteln. Das Projekt wird es Lokalpolitiker*innen ermöglichen, zusammenzuarbeiten und Informationen zu EU-bezogenen Themen, die ihre Bürger*innen auf lokaler Ebene betreffen, zu verbreiten. Es wird auch dazu beitragen, den Kontakt zu den Bürger*innen zu stärken und Debatten über diese Themen und die Zukunft Europas zu fördern. So soll ein europäisch geprägter öffentlicher Raum geschaffen werden.“ – so die Projektbeschreibung auf der Webseite der Netzwerkinitiative der EU.

Im Bereich „Digitales“ haben wir uns außerdem dafür stark gemacht, dass die **Ausschusssitzungen genau wie die Ratssitzungen in Zukunft online übertragen werden**. Nach anfänglichen Bedenken seitens der Verwaltung, wurde im Mai 2023 im Rat ein Pilotprojekt beschlossen. Monatlich zwei Ausschusssitzungen werden 2024 live gestreamt. Anschließend sollen die Ergebnisse evaluiert werden. Wir erhoffen uns eine leichtere, barrierefreie Möglichkeit für die Bürger*innen, den politischen Diskussionen direkt zu folgen.

Finanzen und Beteiligungen

Wir setzen uns für ausreichend Personal und Finanzmittel ein, damit die Stadt mehr Investitionen in die bestehende Infrastruktur, die Verkehrswende und die öffentlichen Daseinsvorsorge umsetzen kann.

Der Blick auf den **städtischen Haushalt** 2024 mit einem Gesamtvolumen von ca. 700 Millionen Euro zeigt Licht und Schatten. Entgegen ersten Prognosen schloss das Haushaltsjahr 2023 nicht mit einem Defizit, sondern einem Plus von 25,4 Millionen Euro ab. Dies beruhte im Wesentlichen auf Gewerbesteuernachzahlungen.

Die Rücklagen der Stadt betragen im Jahr 2024 165 Millionen Euro. Dieses Polster ist aber kein Anlass zur ungetrübten Freude. **Ein Grund für die hohen Rücklagen sind nicht getätigte Investitionen in den letzten Jahren.** Regelmäßig konnten die eingeplanten Investitionsgelder nicht ausgegeben werden, unter anderem weil Personal für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen in der Stadt fehlte oder falsche Prioritäten gesetzt wurden. In der Konsequenz sinkt das Infrastrukturvermögen der Stadt Oldenburg jährlich um 8 bis 9 Millionen Euro, weil städtische Gebäude und Straßen schneller an Wert verlieren, als sie saniert werden.

Ein herausragendes (Negativ-)Beispiel ist die **CCO-Tiefgarage, die seit Jahren dringend saniert werden muss, aber von der Stadtverwaltung auf die lange Bank geschoben wurde.** Unsere Fraktion hatte in den letzten Jahren mehrmals Sachstandsberichte beantragt und auf eine Sanierung gedrängt. 2019 wurden die Sanierungskosten auf 19 Millionen Euro geschätzt, 2022 war die Rede von bis zu 25 Millionen Euro für die Sanierung und die Umsetzung eines neuen Nutzungskonzepts. Weil die Sanierung weiterhin unterblieb, verfiel die Bausubstanz rapide. 2024 schließlich zeigt ein

Gutachten, dass aus Sicherheitsgründen eine Sanierung nun nicht mehr aufgeschoben werden darf. Die Kosten werden aber mittlerweile auf 44,5 Millionen Euro geschätzt. Im städtischen Haushalt ist dieses Projekt von der Verwaltung bislang aber nicht einmal abgebildet worden. **Allein dieses Beispiel zeigt, dass der Erhalt vorhandener Infrastruktur aus unserer Sicht weiter Vorrang haben muss vor großen Neubauprojekten, die nicht der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen** (wie ein städtisch finanziertes Stadion für den Profisport).

Durch mehr Personalstellen für Planung und Umsetzung von Bauprojekten (besonders im Verkehrsbereich) und gezielte Aufstockungen des Investitionshaushalts stemmten wir uns mit den Grün-Roten Haushalten der vergangenen Jahre gegen den Trend der verfallenden Infrastruktur.

Die Finanzplanung der Stadt geht zwischen 2025 und 2027 von jährlichen Fehlbeträgen von 32 bis 36 Millionen Euro aus. Dann wären die Rücklagen schnell aufgebraucht. **Damit das nicht eintritt, brauchen Kommunen wie Oldenburg endlich ausreichend Geld vom Bund und den Ländern.**

Besonders bei der Finanzierung des **Klinikums und der European Medical School (EMS)** müssen Bund und Land mehr Verantwortung übernehmen. Niedersachsen wird seit Jahren seiner Verpflichtung nicht gerecht, ausreichend Investitionsmittel bereitzustellen und die Medizinstudienplätze angemessen zu finanzieren. Auch das bundesweite System der Krankenhausfinanzierung führt nicht dazu, dass im Betrieb ausreichend Geld für die Aufrechterhaltung der Krankenhausversorgung erwirtschaftet werden kann. Im aktuellen Gesundheitssystem müssen die Defizite am Ende von den Trägern der Krankenhäuser ausgeglichen werden, in diesem Fall der Stadt Oldenburg. **Nichtsdestotrotz steht unsere Fraktion solidarisch hinter dem Klinikum und seinen Beschäftigten.** Die notwendige finanzielle Unterstützung des Klinikums durch die Kommune haben wir auch in dieser Ratsperiode immer unterstützt. Schließlich sind das städtische Klinikum und die Universitätsmedizin in Oldenburg Leuchttürme der Gesundheitsversorgung im Nordwesten.

In der mittelfristig angespannten Haushaltslage hat die Stadt Oldenburg nur geringe Spielräume, um die kommunalen Einnahmen zu erhöhen. Doch auch hier stellen wir uns unserer Verantwortung. Durch Grün-Rote Anträge starteten wir im Finanzausschuss die Diskussion über die Einführung einer **Zweitwohnsitzsteuer** und einer **Verpackungssteuer**. Vor der weiteren Befassung und ggf. einem Beschluss zur Einführung dieser Steuern, sollen nun noch die Ergebnisse des Zensus sowie eine ausstehende Revision zur Verpackungssteuer abgewartet werden, bevor diese Einnahmequellen in der zweiten Hälfte der Ratsperiode erschlossen werden können.

Als weiteren Baustein verdoppelten wir das **Begrüßungsgeld** für Studierende mit Erstwohnsitz in der Stadt auf 100 Euro. Den Kreis der Berechtigten von ausschließlich Studierenden erweiterten wir auf Auszubildende und Freiwilligendienstleistende. Dies ist nicht nur ein Beitrag zur Gleichstellung und Anerkennung aller Ausbildungsformen, sondern wird tatsächlich auch den Haushalt der Stadt entlasten. Wenn Personen mit dem Erstwohnsitz in Oldenburg gemeldet sind, erhält Oldenburg mehr Gelder aus dem niedersächsischen Finanzausgleich, wodurch sich die Kosten für das Begrüßungsgeld schnell rentieren. Schließlich haben wir auch unter dem Gesichtspunkt verbesserter Einnahmen einen langfristig planbaren Pfad zur Anpassung der **Parkgebühren** beschlossen, insbesondere um Maßnahmen für die Verkehrswende zu finanzieren (siehe Kapitel „Verkehr“).

Ausblick

Unsere wichtigsten Ziele für die kommenden zwei Jahre

Unsere Halbzeitbilanz soll zeigen, was wir GRÜNEN seit der Kommunalwahl für Oldenburg anschieben, bewegen und umsetzen konnten. Bei allem Frust, dass das kommunalpolitische „Klein-Klein“ manchmal auch mit sich bringt, sind die bisher erreichten Erfolge für uns Motivation und Ansporn für die Arbeit bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2026.

In der zweiten Hälfte der Ratsperiode werden wir weiter an dem Ziel einer sozial-ökologischen Transformation arbeiten und unser Augenmerk vor allem auf die Umsetzung von Beschlüssen legen - für ein klimaneutrales und inklusives Oldenburg. Dabei werden wir darauf achten, dass ausreichend Personal und Geld vorhanden ist und die politische Mehrheit, um die wichtigen Themen für den sozialen und ökologischen Stadtumbau zu priorisieren.

Die Umsetzung von Maßnahmen, die die Lebensqualität aller Menschen in Oldenburg verbessern, werden wir konsequent weiterverfolgen. Einige Themen, die wir dabei in den nächsten zwei Jahren auf jeden Fall fokussieren werden, sind:

- Ausbau und Sanierung von Kitas und Schulen, bei dem inklusive und ganzheitliche pädagogische Konzepte im Mittelpunkt stehen und ermöglicht werden
- Förderung von gesundem und klimafreundlichem Essen in Mensen und Kantinen
- Energetische Sanierung von städtischen Gebäuden
- Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen
- Die kommunale Wärmeplanung
- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt
- Schaffung von mehr Stadtgrün, Stadtmöblierung und Spielplätzen
- Erhalt von Bäumen durch eine Baumschutz-Satzung
- Schaffung von "Orten für Alle" in den Stadtteilen
- Unterstützung von junger Kultur und Clubkultur
- Die Entwicklung der Quartiere mit den dort wohnenden Menschen unter stärkerer Berücksichtigung der Aspekte Gesundheit und Einsamkeit.

Zu den Schwerpunkten unserer Arbeit gehört weiterhin die konsequente Umsetzung der Verkehrswende, die allen Verkehrsteilnehmenden eine sichere Mobilität ermöglicht, zur Erreichung der Klimaziele Oldenburgs beiträgt und die Lebensqualität in unserer Stadt erhöht. Nach einigen wegweisenden politischen Beschlüssen und der Verabschiedung des Mobilitätsplans, werden wir nun die Umsetzung der Maßnahmen vorantreiben, nachbohren und ausdauernd begleiten. Dabei wollen wir zukünftig besser auf eine gute Kommunikation mit Bürger:innen achten. Gute Lösungen für die Innenstadt, z.B. eine durchgängigen Busspur um den Wallring, eine bessere Erreichbarkeit durch Stärkung von ÖPNV und Park&Ride Angeboten sowie die Umsetzung weiterer Fahrradstraßen stehen für uns in der Prioritätenliste weit oben.

Viele politische Weichenstellungen konnten wir in der ersten Hälfte der Ratsperiode vornehmen. Jetzt geht es darum, diese Beschlüsse umzusetzen und mit Leben zu füllen.